„Die Bevölkerung wird sich viel mehr durchmischen“

Die Flüchtlingskrise wäre besser mit beruhigter Besorgnis zu bewältigen als mit diffusen Ängsten und Hysterie, sagt der Theologe und Werteforscher Paul M. Zulehner – und begründet, warum ein Rechtsruck der Politik nicht weiterhilft.

JOSEF BRUCKMOSER

Ein SN-Gespräch über rationale Politik in einer Gesellschaft, die stark von Ängsten geprägt ist.

SN: Herr Professor Zulehner, wie ist die Stimmungslage gegenüber den Flüchtlingen?
Zulehner: Ich habe den Eindruck, dass die Auseinandersetzung etwas sachlicher wird. Ein guter Anstoß dazu war die Debatte über die Obergrenzen. Wobei ich selbstverständlich als Theologe sage, dass Begriffe wie Menschlichkeit und Nächstenliebe keine Obergrenze kennen. Aber die konkrete Realität des Menschen, die Aufnahmefähigkeit eines Landes, die finanziellen und sozialen Möglichkeiten sind begrenzt.

Die Kunst ist jetzt zu sagen, wir müssen Grenzen setzen, damit wir nicht in den Strudel des nicht mehr Machbaren kommen. Aber wie man zu diesen Grenzen kommt, da unterscheiden sich die Geister.

SN: Ist das nicht auch eine Frage, wie man begrenzende Maßnahmen kommuniziert?
Die Hysterisierung ist immer eine große Gefahr, weil die Debatte um die Flüchtlinge weithin nicht kopfgesteuert, sondern bauchgesteuert ist. Daher brauchen wir in der Politik sehr seriöse Maßnahmen, die auch so kommuniziert werden.

Ich kann zu Grenzen kommen, indem ich zahlenmäßig eine Obergrenze festsetze. Ich kann zu Grenzen aber auch kommen, indem ich nachhaltig eine Politik mache, die die Fluchtursachen eindämmt.

SN: In Österreich selbst ist das Thema Integration derzeit in den Hintergrund gedrängt.
Zu Unrecht. Wir müssen nicht nur schauen, ob weniger kommen, sondern wie gehen wir mit denen um, die schon hier sind. Das sind immerhin 90.000 Menschen. Wir müssen jetzt schauen, dass nicht die diffuse Angst geschürt wird. Die führt nur zu Abwehr und Hass: Dass wir islamisiert werden, dass der Arbeitsmarkt von Asylsuchenden überflutet wird, dass die Wohnungen vorrangig für Asylanten freigegeben werden und die einheimische schwächere Bevölkerung nicht mehr berücksichtigt wird.

Bunte Handabdrücke junger Flüchtlinge aus der ganzen Welt in einer Erstaufnahmeeinrichtung in Hameln, Niedersachsen. BILD: SN/APA/DPA/JULIAN STRATENSCHULTE

Wir brauchen eine Politik, eine Bildung und eine Medienarbeit, die es schafft, Menschen aus der diffusen Angst in die rationale, beruhigte und kühle Besorgnis „herüberzuleben“. Das gelingt durch Begegnung, durch Integrationsmaßnahmen, durch Feste, die gefeiert werden, und durch gute Geschichten, die auch medial transportiert werden.

BILD: SN

„Über Politik schimpfen hilft nicht.“
Paul M. Zulehner, Werteforscher

SN: Zur diffusen Angst gehört auch, dass die Armen aus dem Süden nicht aufhören werden, in den Norden zu drängen.
Wir müssen uns jetzt auf die Kriegsflüchtlinge konzentrieren und man muss an die Armuts- und Hoffnungsflüchtlinge aus Afrika ein wenig unhöflich die Bitte richten, abzuwarten, bis der Krieg vorbei ist.

Dann aber braucht Europa eine sehr kluge Politik der vernünftigen Zuwanderung. Das brauchen wir allein schon aus eigenem wohlverstandenen Interesse. Europa hat einen Geburtenrückgang, der die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Kontinents schwer bedroht. Daher wundert es mich auch, dass osteuropäische Länder, die ungeheuer viele junge Leute an den Westen verloren haben, nicht bereit sind, jüngere Flüchtlinge aufzunehmen.

SN: In Osteuropa heißt es, wir wollen unsere verlorene Jugend nicht durch Leute ersetzen, die nicht zu uns passen.
Das ist eine Frage des Anteils. Ich glaube, dass die Bevölkerungen der Welt – das gilt für Osteuropa genauso wie für Österreich – sich daran gewöhnen müssen, dass durch die globale Migration weit mehr Durchmischung passieren wird, als wir heute gewohnt sind. Wir müssen in unseren Nationalstaaten, die sich langfristig gar nicht abschotten können, die Bereitschaft lernen, ankommende Menschen nicht als Bedrohung wahrzunehmen, sondern als Chance – für die eigene Wirtschaft, aber auch für die Kultur.

SN: Der Großteil der Österreicher sagt aber in Umfragen, es seien insgesamt zu viele.
Es sind viele, aber die Wahrnehmung, es seien zu viele, ist durch die eigene Brille verschattet. Wenn alle Muslime aus Syrien nach Europa kämen, würde der Anteil der Muslime in Europa von vier auf sechs Prozent steigen. Die Menschen meinen aber, es wären dann 13 oder gar 31 Prozent. Auch hier wird die Realität nicht real wahrgenommen. Notwendig ist, die Flüchtlinge gestreut einzuquartieren. Hamburg etwa verteilt sie in der ganzen Stadt. Das ist eine ganz andere Sache, als wenn in einem kleinen Dorf mit 150 Leuten plötzlich ein Zentrum für 500 Asylbewerber entsteht.

Was jetzt nicht hilft, ist, über die Politik zu schimpfen. Sondern wir müssen Schritt für Schritt lernen, den richtigen Weg zu finden.

SN: Sie schreiben, dass es in Angstgesellschaften zunehmend schwierig werde, für eine solidarische Politik wiedergewählt zu werden.
Das ist eine der größten wahlpolitischen Herausforderungen. Wir haben in Europa einen Rechtsruck, der meint, man könne die Wähler dadurch wieder an die eigene Partei binden. Ob diese Rechnung aufgeht, ist höchst fragwürdig, weil eine solche Politik nur die Schwierigkeiten bei der Integration erhöht.

Wir brauchen keinen wahltaktischen Rechtsruck, sondern eine Auseinandersetzung darüber, wie wir die angekommenen Flüchtlinge integrieren und wie wir schon jetzt einen Marshallplan für Syrien entwickeln, damit Menschen zurückkehren können. Und wir müssen jetzt schon an die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika denken. Denn langfristig wird die Trennung zwischen den armen Regionen der Welt und dem reichen Europa und Amerika nicht mehr funktionieren.

SN: Derzeit finden aber die einfachen Antworten von rechts den meisten Zuspruch.
Die Gesellschaft ist sehr polarisiert zwischen Abwehr und Zuversicht. Dazwischen gibt es eine ganz große Zahl von sensiblen und besorgten Menschen. Ich glaube, dass die Wahlentscheidungen in dieser offenen Mitte fallen. Meine Einschätzung ist daher, dass eine solide, staatsmännische Politik – wir orientieren uns grundsätzlich an den Menschenrechten, aber wir müssen auf dem Weg dorthin die kleinen machbaren Schritte finden, um die eigene Bevölkerung nicht zu überfordern – mehr Zukunftsfähigkeit hat als ein blanker Populismus, der schnell Stimmen gewinnt und nachher Wahlen verliert.

Paul M. Zulehner ist Pastoraltheologe und Werteforscher. Jetzt ist sein neues Buch „Entängstigt euch! Die Flüchtlinge und das christliche Abendland“ erschienen.
Buchpräsentation und Diskussion mit dem Autor: Mittwoch, 9. März 2016, um 19.30 Uhr in der Dombuchhandlung Salzburg, Kapitelplatz 6.

Paul M. Zulehner: „Entängstigt euch!“ 128 Seiten, 13,40 Euro, Patmos, 2016.

Historisches Treffen auf neutralem Boden in Kuba

Papst Franziskus und der Moskauer Patriarch kommen auf dem Flughafen von Havanna zusammen – bislang ein Ding der Unmöglichkeit.

ZEITZEICHEN
Josef Bruckmoser

Seit 30 Jahren ist ein Gipfeltreffen des römisch-katholischen Papstes mit dem Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche im Gespräch. Mehrmals gab es Geheimplanungen dafür, die jedoch stets im letzten Moment geplatzt sind.

Jetzt kommt der Gipfel endlich zustande: am kommenden Freitag, 12. Februar, in Kuba. Patriarch Kyrill ist dort offiziell zu Besuch, und Papst Franziskus macht einen Zwischenstopp auf dem Weg zu seinem Pastoralbesuch nach Mexiko.

Der Papst hatte das Eis gebrochen, indem er öffentlich bekundete, „an jedem Ort und zu jeder Zeit“ zu einem Treffen mit dem Patriarchen der weitaus größten orthodoxen Kirche bereit zu sein.

Die Details der historischen Begegnung muten entsprechend kurios an. Für drei Stunden begibt sich Kyrill zum José-Martí-Flughafen von Havanna, wo der Papst gegen 14 Uhr Ortszeit aus Rom ankommt. Nach einem protokollarischen Empfang durch den kubanischen Staatschef Raúl Castro ziehen sich Franziskus und Kyrill zu einem „privaten Gespräch“ zurück.

Dass diese Begegnung jetzt zustande kommt, hat auch mit dem Ökumene-Verständnis von Papst Franziskus zu tun. Er schaut nicht vorrangig auf theologische Differenzen und die kirchenpolitischen Querelen zwischen Moskau und Rom, sondern er sucht die praktische Zusammenarbeit für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Daher pflegte Franziskus von Anfang an intensive Kontakte mit Bartholomaios I., dem ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel. Dieser ist aber nur Ehrenoberhaupt der orthodoxen Kirchen. Die größte Macht hat der Patriarch von Moskau.

JOSEF.BRUCKMOSER@SALZBURG.COM

Dieb brachte Gnadenbild zurück

KÖLN. Das Gnadenbild aus der bekannten deutschen Wallfahrtskirche Maria Königin des Friedens im nordrhein-westfälischen Velbert-Neviges wurde gestohlen und wenig später wieder zurückgebracht. Der nur postkartengroße schwarz-weiße Kupferstich aus dem 17. Jahrhundert war aus dem Rahmen entfernt worden. Die Leitung der Wallfahrt appellierte umgehend an den Dieb, das Bild – jederzeit auch anonym – zurückzugeben. Wenig später lag der Kupferstich unbeschadet in Butterpapier eingewickelt vor der Pforte. SN, KAP